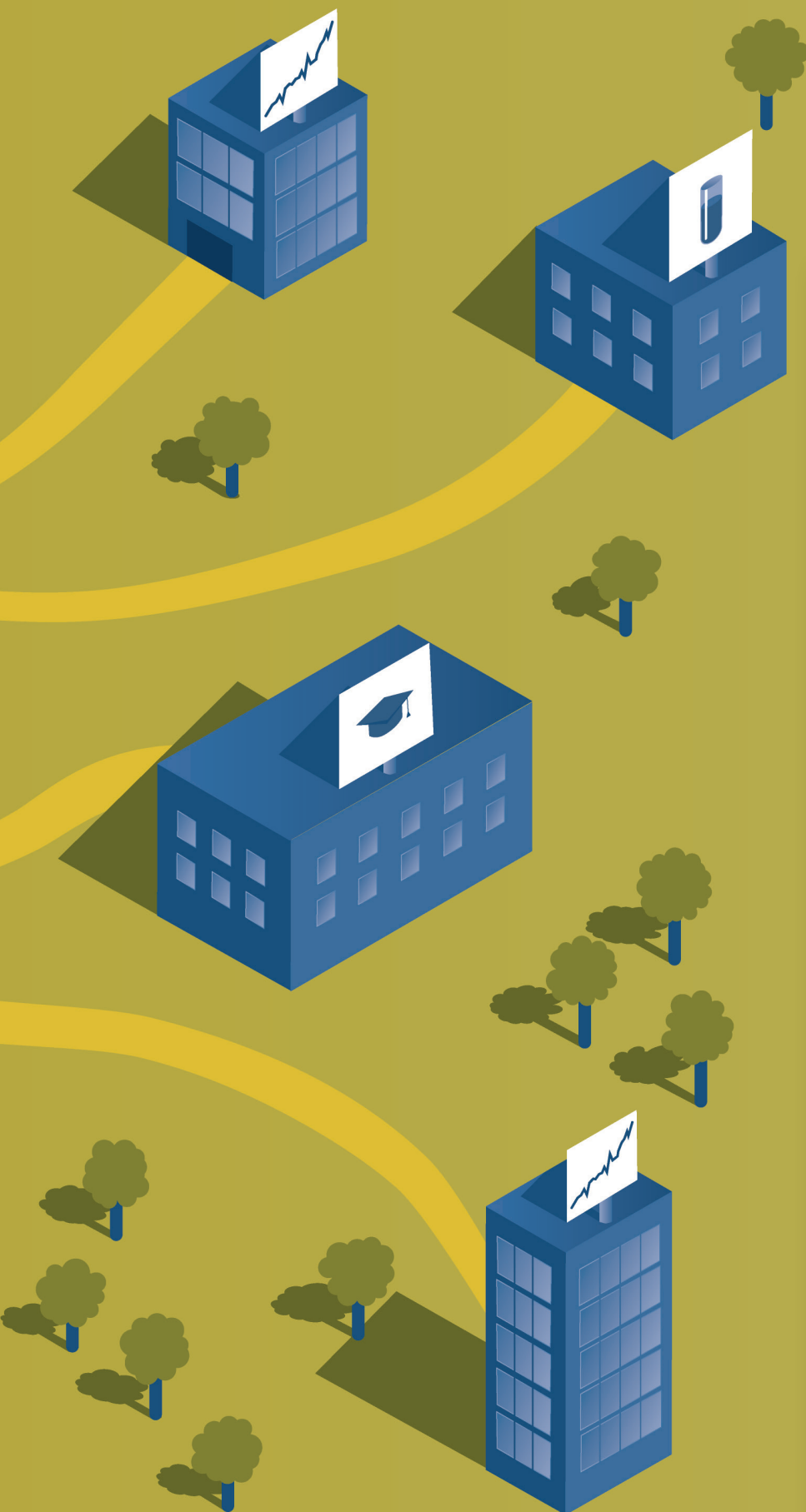




DEUTSCHE TRANSFERGEMEINSCHAFT
WISSENSCHAFT WIRKSAM MACHEN

Transfer aus der Wissenschaft

Potenziale besser nutzen und ausbauen



Den Transfer von den Hochschulen in die Wirtschaft und Gesellschaft fördern – diesem Ziel haben sich in Deutschland bereits einige Programme verschrieben. Zu denken wäre etwa an die „Innovative Hochschule“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung oder an die Kooperationsprojekte in der ZIM-Förderung (Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand).

Der Transferbegriff hat sich dabei in den letzten Jahren ausgeweitet. Nicht mehr nur der Technologietransfer steht im Mittelpunkt, sondern auch die Übertragung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Zivilgesellschaft. Gerade die letztgenannte Transferform birgt vielversprechende Potenziale, die bislang weitgehend ungenutzt scheinen. Wie lässt sich das ändern?

Eine Möglichkeit wäre die Gründung einer „Deutschen Transfergemeinschaft“, über die in diesem Jahr viel diskutiert wurde. „Deutsche Transfergemeinschaft“ oder kurz „DTG“ – das klingt wie „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ und „DFG“, und das kommt nicht von ungefähr. Auch in der DTG soll ein wissenschaftlich geleitetes Gutachterverfahren ausschlaggebend für die Förderung sein, und auch in punkto finanzieller Ausstattung dient die DFG als Referenz. Darüber hinaus zeigt der Name, dass eine DTG als dauerhafte Institution etabliert werden soll. Welche Vor- und Nachteile gingen mit einer solchen Gemeinschaft einher?

Eine Antwort liefert nicht zuletzt der Blick ins Ausland. In der Schweiz werden Transfer und angewandte Forschung seit 22 Jahren zentral von einer Bundeseinrichtung gefördert. Daraus lässt sich einiges lernen.

Die Förderlücke im System

Was muss passieren, damit anwendungsorientierte Forschung und Transfer an allen deutschen Hochschulen die notwendige Unterstützung erhalten?



Foto: CHE

Dr. Isabel Roessler hat das vorliegende **PRAXIS spotlight international** verfasst. Sie ist Sozialwissenschaftlerin und Senior-Projektmanagerin beim gemeinnützigen CHE – Centrum für Hochschulentwicklung in Gütersloh.

✉ isabel.roessler@che.de

Die Fachhochschulen feiern 2019 ihr 50-jähriges Bestehen. Mit dem gereiften Alter ist auch ihr Selbstbewusstsein gewachsen. Passend dazu werden ihre Rufe lauter, dass Bund und Länder ihre hochschuleigene Forschungsart – die angewandte Forschung – und den Transfer von Forschungsergebnissen in die Wirtschaft und die Gesellschaft stärker fördern sollen. Die Forderung der Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW) nach stärkerer Förderung ist verständlich. Bekommen die Universitäten jährlich mehr als 2600 Millionen Euro Forschungsgelder von Bund und Deutscher Forschungsgemeinschaft (DFG), fließen an die Fachhochschulen nur etwas über 100 Millionen Euro. Das ist sehr wenig, gemessen daran, dass jede zweite Hochschule in Deutschland eine Fachhochschule ist. Der Grund: Die mit Abstand meisten Mittel vergibt die DFG. Sie finanziert in erster Linie Grundlagenforschung – und das passt nicht zum Profil der Hochschulen für angewandte Wissenschaften. „Von den drei Milliarden Euro, die 2016 von der DFG vergeben wurden, flossen nur 0,5 Prozent an die Fachhochschulen“, beschreibt der FDP-Bundestagsabgeordnete Thomas Sattelberger die Situation. „Ungefähr so viel wie in die Forschung für Germanistische Mediävistik.“

Fachhochschulen können aufgrund ihrer Anwendungs- und Transferorientierung kaum an den Geldern der DFG partizipieren. Doch auch wenn die DFG-Mittel herausgerechnet werden, ist die Diskrepanz deutlich: Die Universitäten erhalten durch die Programme „Exzellenzstrategie“, „Wissenschaftlicher Nachwuchs“ und „Innovative Hochschule“ gut 615 Millionen Euro. Mit „Forschung an Fachhochschulen“ und „Innovativer Hochschule“ bekommen die Fachhochschulen aber nur etwa 95 Millionen Euro.

„Es gibt hier ganz klar eine Förderlücke im deutschen Fördersystem“, sagt Prof. Dr. Karim Khakzar. Er ist Präsident der Hochschule Fulda und Sprecher der Mitgliedergruppe der Hochschulen für angewandte Wissenschaften/FH in der Hochschulrektorenkonferenz (HRK). Insbesondere die Hochschulen für angewandte Wissenschaften seien davon betroffen. Und das, obwohl die Fachhochschulen bereits sehr erfolgreich seien. „Das hier vorhandene Potenzial nicht stärker zu nutzen und zu fördern, wäre ein Fehler“, glaubt Khakzar. Auch Dr. Thomas Kathöfer, Hauptgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen (AiF) in Köln, treibt das Thema um. Die stark mittelständisch geprägte Wirtschaft in Deutschland könne mit Grundlagenforschung im Regelfall wenig anfangen. Das sei für die mittelständischen Unternehmen oftmals eine fremde Sprache. „Da braucht es eine Übersetzung. Einen Transmissionsriemen, um Grundlagenforschung für anwendungsnahe Forschung nutzbar zu machen“, sagt Kathöfer.

Gründung einer Transfergemeinschaft als Idee

Vor diesem Hintergrund ist bereits 2016 die Idee einer eigenständigen, institutionalisierten Förderung für Transfer vom Bad Wiesseer Kreis formuliert worden: die Deutsche Transfergemeinschaft, kurz DTG. Wozu eine solche Deutsche Transfergemeinschaft dienen soll, hat die Mitgliedergruppe der Hochschulen für angewandte Wissenschaften in der HRK 2017 in einem Positionspapier dargelegt. Darin heißt es, die DTG schaffe eine

wissenschaftsgeleitete und unabhängige Struktur zur systematischen und strukturellen Förderung des auf anwendungsorientierter Forschung basierenden Innovationstransfers. Neben Projektförderungen sollen auch Unternehmensgründungen und der dauerhafte Aufbau von Kooperationsstrukturen zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, sozialen Einrichtungen und dem öffentlichen Sektor ermöglicht werden. Wichtig sei auch, dass eine Förderung in der Regel eine Kooperation mit regionalen oder überregionalen hochschulexternen Partnern erfordert. Nur Anträge mit starkem Anwendungsbezug, die zu übertragbaren und der Öffentlichkeit zugänglichen Ergebnissen führen, sollten von einer DTG gefördert werden.

Ähnlich sieht es auch die FDP. Sie hat eine Deutsche Transfergemeinschaft in der letzten Bundestagswahl zum Bestandteil ihres Wahlprogramms gemacht und ist damit bisher die einzige Partei, die zu dem Thema öffentlich einen Standpunkt bezieht. Die DTG müsse eine Transferbrücke sein, auf der sowohl Unternehmen oder zivilgesellschaftliche Organisationen wie auch Hochschulen und einzelne Wissenschaftler im Verbund mit dem jeweils anderen Förderung beantragen können, sagt Thomas Sattelberger.

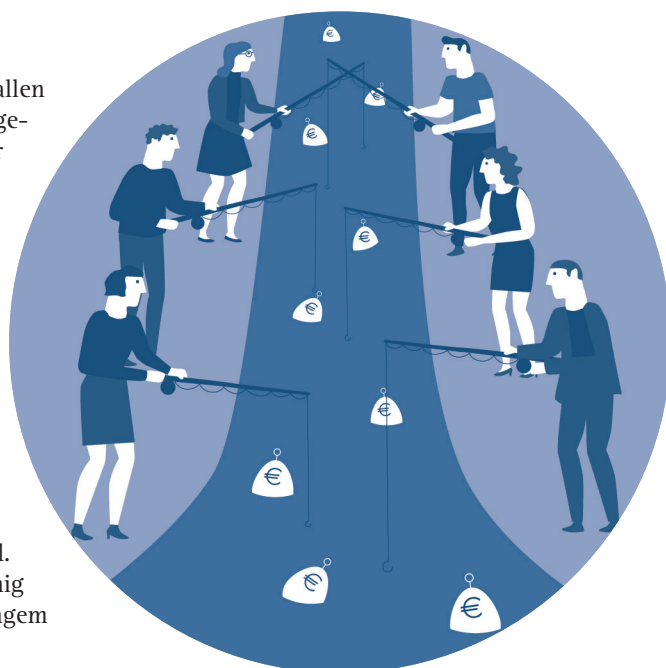
Die daraus entstehenden wechselseitigen Kooperationen von Hochschulen mit Wirtschaft, Politik, Kultur und Gesellschaft werden nach Dr. Volker Meyer-Guckel, stellvertretender Generalsekretär und Mitglied der Geschäftsleitung des Stifterverbandes, „immer wichtiger als Innovationsmodell der Zukunft“.

Bei alledem muss aber darauf geachtet werden, dass aus der Transfergemeinschaft keine Forschungsgemeinschaft der Hochschulen für angewandte Wissenschaften wird. Prof. Dr. Uwe Schneidewind vom Wuppertal-Institut befürchtet: „Das würde nur den unproduktiven Graben zwischen Universitäten und Fachhochschulen vertiefen“, warnt er. Dass die Deutsche Transfergemeinschaft „kein geschützter Raum für Fachhochschulen“ wird, ist auch Khakzar besonders wichtig: „Das war nie unsere Forderung. Wir brauchen ein Förderinstrument, das anwendungsorientierte Forschung und Transfer in den Mittelpunkt stellt – und das uns bessere Rahmenbedingungen bietet, um mitspielen zu können.“

Um welche Größenordnungen geht es?

Um anwendungsorientierte Forschung und Transfer umfangreich an allen Hochschultypen zu fördern, muss auch Geld für die Förderung bereitgestellt werden. Welche Größenordnungen wären sinnvoll? Karim Khakzar meint: „Es hilft nicht, auf die 55 Millionen Euro, die jährlich in FH-spezifische Programme fließen, noch einmal 10 Millionen draufzulegen. Wenn wir da etwas Großes bewegen wollen, muss es in ähnlicher Größenordnung sein wie die Förderung der Grundlagenforschung, für die mehrere Milliarden im Jahr bereitgestellt werden. Das ist die grobe Referenz für uns.“

Die Summe, die letztlich ins Spiel gebracht worden ist, liegt dann doch deutlich darunter: Nach Schätzung der Mitgliedergruppe der HAW in der HRK beläuft sie sich auf eine Milliarde Euro pro Jahr. CHE-Geschäftsführer Prof. Dr. Frank Ziegele hält diese Forderung für realistisch: „In der angewandten Forschung und im Transfer in Wirtschaft und Gesellschaft liegt ein großes – oft noch ungenutztes – Potenzial. Das muss gehoben werden. Auch um das Hochschulsystem zukunftsfähig zu machen.“ Mit einzelnen Fördermaßnahmen mit vergleichsweise geringem finanziellen Umfang sei dies jedoch nicht getan, ist er sich sicher.



Die Idee einer Deutschen Transfergemeinschaft trifft offenbar auf viele Unterstützer. Wie sie jedoch tatsächlich realisiert werden könnte, ist derzeit noch unklar. Vorsorglich bringt sich die AiF schon einmal als Träger einer solchen Gemeinschaft in Stellung. „Die AiF ist eine deutsche Transfergemeinschaft. Das ist ihre Mission“, sagt Thomas Kathöfer. Die Vorteile einer Trägerschaft durch die AiF lägen auf der Hand. „Wenn eine DTG isoliert aufgestellt würde, müsste sie sich erst einmal ein Netzwerk aufbauen. Die AiF verfügt über dieses Netzwerk. Wir haben mehr als 50 000 Unternehmen im Club – wir haben eine Infrastruktur, die nicht erst aufgebaut werden muss.“

Ein guter Nährboden für Innovation

Auf den ersten Blick sind die in der Schweiz bestehenden Strukturen den deutschen gar nicht unähnlich. Über allem steht das Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF): Als eines von insgesamt sieben eidgenössischen Departments ist es Initiator der Förderung von Technologietransfer. Im WBF ist das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) integriert. Das SBFI ist mit der Umsetzung von Forschungs- und Transferzielen beauftragt und gibt den Universitäten quantitative Zielvorgaben vor. Dem SBFI hinwiederum ist der Schweizerische Nationalfonds (SNF) zugeordnet. Über ihn wird hauptsächlich die Grundlagenforschung finanziert.

Die Förderung von Transfer und angewandter Forschung hat Anfang 2018 die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung übernommen: Innosuisse. Sie ist das Kompetenzzentrum des Bundes zur Förderung wissenschaftsbasierter Innovation in der Schweiz. Bereits seit 1996 wurde angewandte Forschung von der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) gefördert.

Ein jährliches Förderbudget von 175 Millionen Euro

Die Ablösung der Kommission für Technologie und Innovation durch die Innosuisse war eine politische Entscheidung. „Die KTI war eine außerparlamentarische Kommission. Das war für das Fördergeschäft nicht optimal, weil damit starre Rahmenbedingungen verbunden waren“, sagt Kathrin Hausammann, Co-Leiterin Kommunikation der Innosuisse. Jetzt ist die Innosuisse aus der zentralen Bundesverwaltung ausgelagert und eine öffentlich-rechtliche Organisation mit eigener Rechtspersönlichkeit. Sie ist also Träger von Rechten und Adressat von Pflichten. Die Innosuisse wird vom Bundesrat über strategische Ziele geführt.

Die Innosuisse hat verschiedene Aufgabenbereiche. In erster Linie soll sie Innovationsprojekte zwischen Hochschulen und Unternehmen fördern. Um den Nährboden für diese Projekte zu schaffen, werden verschiedene Aktivitäten unterstützt, die dazu dienen sollen, Wirtschaft und Wissenschaft zu vernetzen und den Wissens- und Technologietransfer zu stimulieren. So gibt es zum Beispiel elf nationale thematische Netzwerke und das Innovationsmentoring, bei dem kleine und mittlere Unternehmen durch Mentoren an Innovationsprojekte an Hochschulen herangeführt werden.

Darüber hinaus soll sie das wissenschaftsbasierte Unternehmertum fördern. Das tut sie mit Sensibilisierungsmaßnahmen und Kursen für Gründungsinteressierte sowie Coachings zum Aufbau von Unternehmen für Jungunternehmer und Start-ups. Im letzten Aufgabenbereich der Nachwuchsförderung kann Innosuisse Stipendien oder zinslose Darlehen für den hochqualifizierten Nachwuchs im Bereich der Innovation bereitstellen. Ein Förderinstrument dazu besteht aktuell noch nicht. Um diesen Aufgaben nachzukommen, verfügt die Innosuisse über ein jährliches Förderbudget von über 200 Millionen Franken (etwa 175 Millionen Euro). Der Großteil davon fließt in die Förderung der Innovationsprojekte.

Die Agentur ist gut aufgestellt: Sieben Personen sitzen im Verwaltungsrat, dem strategischen Organ der Innosuisse. Für das operative Geschäft sind Geschäftsleitung und

Weiterlesen

**Webseite der
Schweizerischen Agentur
für Innovationsförderung
Innosuisse**
www.innosuisse.ch

**Programm „Bridge“
von Schweizerischem
Nationalfonds und
Innosuisse**
www.bridge.ch

Das European Innovation Scoreboard vergleicht das Innovationspotenzial europäischer und ausgewählter Nicht-EU-Länder miteinander. Mit deutlichem Abstand führt die Schweiz diesen Vergleich an – und das bereits seit Jahren. Deutschland folgt erst auf Platz acht und hat seit 2010 an Innovationskraft verloren, wohingegen sich die Schweiz weiter steigern konnte. Was macht unser Nachbarland besser?

Geschäftsstelle zuständig. 55 Mitarbeiter sind hier fest angestellt. Darüber hinaus verfügt Innosuisse über einen Innovationsrat als Fachorgan. Der Innovationsrat hat 25 feste Mitglieder, die sich in fünf thematische Untergruppen aufteilen: ICT, Life Sciences, Engineering, Energy & Environment, Social Sciences & Business Management. Der Innovationsrat befindet über die Förderfähigkeit der Gesuche. Unterstützt wird er dabei durch 168 Experten. Abgesehen von den Mitarbeitern der Geschäftsstelle sind alle beteiligten Personen im Alltagsgeschäft von Forschung und Wirtschaft verankert.

Die Projekte werden nach klaren Förderkriterien ausgewählt. Die Neuartigkeit des wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Ansatzes – der Innovationsgrad – ist von besonderer Relevanz. Auch die methodische Qualität, wozu auch die Qualität des Projektaufbaus nebst quantitativen Zielen und Meilensteinen gehört, wird in die Entscheidung einbezogen. Ferner die Kompetenzen der Projekte beabsichtigte Marktanwendung und Wertschöpfung in der Schweiz. Die Themen können Projektbestandteil und Anwendung einer neuen Therapie noch gingen alleine 2018 über 200 Förrenosuisse ein. Die Bebei rund 50 Prozent. grundsätzlich auf zwischen einer außerhochschulischen oder beispielsweise ein Krankenhaus sieren. 75 Prozent der über 900 derzungspartner werden mit einem kleweniger als 250 Mitarbeitern durchzu über 50 Prozent Fachhochschulen. Bei der Förderung anwendungsorientierter Forschung ist der Anteil auch nachvollziehbar. „Der ETH-Bereich reicht aber auch viele Projekte ein. Die dazugehörigen Institutionen fördern Spin-off-Start-ups sehr stark, die dann auch wieder Projekte einreichen können“, erläutert Hausammann.

Projektpartner für die Durchführung und und nicht zuletzt die Nachhaltigkeit Nicht nur wirtschaftliche Projektschaftswissenschaftliche oder soziasein – beispielsweise die Entwicklung pieform. Die Hürden sind hoch. Denim ersten Halbjahr deranträge bei der Inwilligungsquote liegt Die Projekte müssen einer Partnerschaft Einrichtung – sei es ein Unternehmen – und einer Forschungseinrichtung bazeit geförderten Projekte mit Umsetnen oder mittleren Unternehmen mit geführt. Die Forschungspartner sind Bei der Förderung anwendungsorientierter Forschung ist der Anteil auch nachvollziehbar. „Der ETH-Bereich reicht aber auch viele Projekte ein. Die dazugehörigen Institutionen fördern Spin-off-Start-ups sehr stark, die dann auch wieder Projekte einreichen können“, erläutert Hausammann.

Grundlagen- und Anwendungsforschung verbinden

Wird ein Projekt bewilligt, finanziert Innosuisse die Gehälter der Forscher. Sie bezahlt also die Forschungsarbeit für das Unternehmen. Auch der Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungen, Materialkosten für das Projekt und ein Overheadbeitrag von bis zu 15 Prozent wird an den Forschungspartner gezahlt. Das Partner-Unternehmen gibt mindestens den gleichen Anteil dazu. Haben Unternehmen und Forscher zusammengefunden, laufen die Projekte typischerweise 18 bis 24 Monate und werden mit durchschnittlich 350 000 Schweizer Franken gefördert.

Eine Besonderheit stellt das Programm „Bridge“ dar, das Innosuisse gemeinsam mit dem SNF anbietet. Zwei Förderlinien an der Schnittstelle zwischen Grundlagenforschung und wissenschaftlicher Innovation unterstützen sowohl Nachwuchsforscher als



auch erfahrene Wissenschaftler. Nachwuchswissenschaftler werden im Programm „Proof of Concept“ gefördert. Es richtet sich an Forscher aller Disziplinen, die auf Basis ihrer Forschungsergebnisse eine Anwendung oder Dienstleistung entwickeln wollen. Im Programm „Discovery“ werden erfahrene Forscher unterstützt, die das Innovationspotenzial von Forschungsergebnissen ausloten und umsetzen möchten. Hier werden nur technologische Innovationen, die auch gesellschaftliche und wirtschaftliche Auswirkungen haben, gefördert. Für die Testphase 2017–2020 stehen 70 Millionen Schweizer Franken zur Verfügung.

Start-up-Förderung über Trainings und Coachings

Neben der direkten Projektförderung ist die Innosuisse mit der Unterstützung von Start-ups befasst. Dafür stehen vier Trainings-Module und das Coaching-Programm zur Verfügung. Das erste Trainings-Modul ist ein eintägiges Motivationsevent, auf dem die Geschäftsidee im Vordergrund steht. Das Geschäftskonzept ist Bestandteil des zweiten Moduls und läuft ein Semester. Es richtet sich an Angehörige von Universitäten und Fachhochschulen, die eine konkrete Idee für ein Start-up haben. Wer kurz vor der Gründung steht, kann das dritte Modul zur Business Creation belegen. Ein abschließendes viertes Modul dient der Entwicklung des Start-ups und richtet sich an diejenigen, die mit ihrem bereits bestehenden Start-up wachsen möchten.

Das Coaching-Programm ist in drei Stufen aufgebaut und funktioniert nach dem Gutschein-Prinzip. Nach bewilligtem Gesuch erhält das Start-up eine finanzielle Gutschrift, mit der es individuelle Coaching-Leistungen beziehen und aus einem Pool von etwa 100 akkreditierten Coaches den passenden auswählen kann. Je nach Coaching-Stufe beträgt die finanzielle Gutschrift bis zu 75 000 Schweizer Franken.

Lohnt sich der Aufwand? Hausammann ist sich sicher: „Die Förderung von anwendungsorientierter Forschung und von Transfer hat sich bewährt. Mit unserem Angebot helfen wir, dass Transfer zwischen Wirtschaft und Wissenschaft und auch zwischen gesellschaftlichen Partnern und den Hochschulen stattfindet.“ Innosuisse sei ein kleiner Teil, aber ein wichtiger, um die Zusammenarbeit bereits an der Basis zu fördern – weil beide voneinander profitieren könnten.

„Wir brauchen verlässliche Strukturen und Ressourcen“

Eine Deutsche Transfergemeinschaft (DTG) würde den Stellenwert, den Aktionsradius und die Wirksamkeit der angewandten Forschung in Deutschland erhöhen und die Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAWn) stärken, sagt Hartmut Ihne, Präsident der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg. | Interview: Veronika Renkes

Herr Professor Ihne, für die Hochschulen für angewandte Wissenschaften hat der Transfer per se einen hohen Stellenwert. Woran liegt es mit Blick auf die zurzeit existierenden Förderstrukturen, dass Sie in Ihren Transferaktivitäten stark eingeschränkt werden?

Eine zentrale Herausforderung für die angewandten Wissenschaften ist die Kleinteiligkeit: Wir führen Transferprojekte mit einer Vielzahl von kleinen und mittleren Unternehmen durch. Dadurch entstehen erhebliche Transaktionskosten, weil wir permanent Projekte und Projektpartner wechseln. Es fehlen bislang dauerhafte Infrastrukturen, um diese Art von Transfer zu bewältigen. Diese Infrastrukturen fehlen, da wir keine verlässlichen Ressourcen dafür haben. Für uns ist daher ein zentraler Punkt: Wir benötigen zwingend dauerhafte Ressourcen und Infrastrukturen, um hervorragenden Transfer machen zu können. Zudem schränkt uns ein weiterer Aspekt bei unseren Transferaktivitäten ein: Die Themen, die in den Projekten behandelt werden, folgen stark den Interessen der beteiligten Unternehmen. Dies ist grundsätzlich gut und richtig, aber wir haben zu wenige Möglichkeiten, eigene Anwendungsforschung zu finanzieren. Für unser Selbstverständnis ist dies jedoch enorm wichtig: Wir beschäftigen uns intensiv mit gesellschaftlichen Problemen und praktischen Herausforderungen. Dafür möchten wir anwendbare Antworten finden. Dies wird an den HAWn im Land bisher kaum finanziert. Die Universitäten sind da in einer besseren Lage, da sie für die Grundlagenforschung finanziell sehr gut ausgestattete Förderstrukturen haben.

Warum denken Sie, dass sich durch den Aufbau einer Deutschen Transfergemeinschaft die Situation für Ihren Hochschultyp verbessern würde? Vom Grundsatz her geht es uns bei der DTG um das Thema Anwendung und die gesellschaftliche Relevanz von Forschung. Das zielt auf Unternehmen ebenso wie auf soziale Einrichtungen. Eine Deutsche Transfergemeinschaft würde den Typ von Forschung, den wir vertreten, unterstützen und dazu beitragen,

Strukturen zu schaffen, um angewandte und auf Innovation und direkte gesellschaftliche Relevanz ausgerichtete Forschung zu realisieren. Wir haben in Deutschland eine ungerechte Verteilung von Forschungsgeldern im Hochschulsystem: Der Hauptanteil fließt in die Grundlagenforschung und damit an die Universitäten. Die DTG soll genau hier ansetzen und den schlecht ausgeleuchteten Teil der Forschung in Deutschland – nämlich die anwendungsorientierte Forschung – besser ausleuchten. Die DTG würde dafür sorgen, dass verlässliche Strukturen geschaffen werden, die wir dringend benötigen, um einen guten Transfer aus der angewandten Forschung heraus zu gewährleisten. Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften würden dadurch zudem einen kräftigen Schub erhalten, um sich noch besser zu positionieren und weiterzuentwickeln. Es gibt aber noch einen weiteren Aspekt, auf den ich unbedingt hinweisen möchte und der in der Diskussion oft übersehen wird: Die DTG würde es uns ermöglichen, unsere wissenschaftliche Unabhängigkeit zu wahren. Sie könnte uns und all die Hochschulen, die intensiv anwendungsorientiert forschen, aus direkten Zwängen des reinen Praxisbezugs befreien. Wenn die DTG dies bewirken würde, wäre es für die Hochschulen, aber auch für die Gesellschaft, ein großer Gewinn.

Verstehe ich das richtig: Die derzeitigen Strukturen führen dazu, dass die Hochschulen bei der Verfolgung ihrer wichtigeren Themen stark ausgebremst werden und sich zu sehr auf schnell in bare Münze Umsetzbares oder politisch Erfolgversprechendes einlassen müssen?

Der Druck ist unbestreitbar vorhanden. Wir brauchen aber einen Rahmen, der uns in die Lage versetzt, uns umfassend und mit ausreichend Zeit mit aktuellen, aber vor allem auch

„Die DTG würde es uns ermöglichen, unsere wissenschaftliche Unabhängigkeit zu wahren“

mit künftigen technologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fragestellungen auseinanderzusetzen, die Problemlagen zu analysieren, daraus passende Anwendungen abzuleiten und diese dann in die gesellschaftlichen Prozesse, in die Unternehmen und die sozialen Institutionen einzuspeisen, wo unsere Vorschläge entsprechend diskutiert und weiterentwickelt werden können.

Dann könnten Sie Anwendungen auf den Weg bringen, die jetzt vielleicht nicht benötigt werden, aber in zehn Jahren relevant sein könnten?

In der Tat ist das für uns ein wichtiges Anliegen und es spiegelt unser Selbstverständnis wider, mit größtmöglicher Offenheit den Fragestellungen der Gesellschaft und ihrer Akteure zu begegnen, und sie bei der Suche nach passenden Lösungen zu begleiten. Die DTG würde es uns zudem ermöglichen, dies bereits im Voraus in Angriff zu nehmen und nicht

nur begleitend zu agieren. Wir können dann selber Agenda Setting in der anwendungsorientierten Forschung betreiben, also Themen bearbeiten, die wir für besonders relevant erachten – natürlich immer gemeinsam mit Akteuren und Einrichtungen aus der Gesellschaft, wie etwa Krankenhäusern, sozialen Institutionen, Kulturverbänden oder Wirtschaftsunternehmens-

men. Dieser offene Mindset ist aus meiner Sicht ein herausragendes Merkmal der Hochschulen für angewandte Wissenschaften, auch gerade im Vergleich zu den Universitäten. Unsere wissenschaftlichen Methoden in Forschung und Lehre sind dieselben. Der gravierende Unterschied ist unser offenes Zugehen und Begleiten der Gesellschaft und insbesondere der Wirtschaft. Wir wollen ganz bewusst nicht im akademischen Elfenbeinturm sein oder arbeiten, sondern in der Mitte der Gesellschaft.

Sollten bei der DTG auch Universitäten beteiligt sein? Wenn ja, was würde dafür sprechen?

Zunächst einmal ist die DTG in der Tat ein Projekt der Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Wir haben genau diese Förderlücke, die die DTG füllen soll, schon vor vielen Jahren erkannt. Für die angewandte Forschung und Innovationsforschung brauchen wir eine neue Art der Förderung. Um Missverständnissen vorzubeugen: Wenn wir von angewandter Forschung sprechen, beschränken wir uns nicht auf die großen gesellschaftspolitischen Themen wie Umwelt, Digitalisierung, Gesundheit, soziale Sicherung oder Demokratie. Vielmehr beinhaltet das für uns auch die vielfältigen Herausforderungen, die wir im Bereich des sogenannten

regionalen Innovationssystems vorfinden – nämlich da, wo die eigentlichen Kraftzentren unserer wirtschaftlichen, sozialen und demokratischen Stabilität liegen: bei den kleinen und mittelständischen Unternehmen. Der Förderansatz einer DTG, so wie wir ihn bislang in den verschiedenen Gremien, auch auf Landes- und Bundesebene, diskutiert haben, zielt auf die Entwicklung gemeinsamer Forschungs- und Entwicklungsansätze, um die Innovationsfähigkeit unseres wirtschaftlichen Rückgrats zu erhalten und zu stärken. Mit Hilfe der DTG könnte die Zusammenarbeit der Hochschulen mit diesem Sektor ausgeweitet, verstetigt und intensiviert werden.

Um noch mal auf meine vorherige Frage zurückzukommen: Die Universitäten sollen bei der DTG auf jeden Fall mit an Bord sein?

So lautet der jetzige Stand der Diskussion. Innerhalb der Gruppe der HAWn haben wir darüber diskutiert, ob die DTG für alle Hochschulen offen sein sollte. Es gab Pros und Contras. Letztendlich haben wir uns für einen breiten Ansatz ausgesprochen: Über die DTG soll anwendungsbezogene, innovationsorientierte Forschung gefördert werden. Die Universitäten, die auch anwendungsorientiert forschen, werden mit an Bord sein, wenn über die DTG ausreichend Ressourcen für anwendungsbezogene Forschung bereitgestellt werden.

Die DTG soll sozusagen als Pendant zur DFG gegründet werden?

Das war immer unser Ansatz. Wir brauchen eine ähnliche Institution mit einem gutachterlichen Verfahren, die in der Lage ist, anwendungsbezogene und innovative Themen erfolgreich zu fördern. Aber sie muss ganz andere Kriterien haben als die DFG. Für angewandte Forschung und tatsächliche Innovation kann man nicht die Kriterien von Grundlagenforschung zugrunde legen. So misst die DFG den Impact wesentlich nach Gesichtspunkten, die für das Wissenschaftssystem selbst wichtig sind, etwas Zitationshäufigkeit. Wir aber benötigen einen Impact, der die Wirkung unserer Forschung auf die Gesellschaft und die Unternehmen widerspiegelt. Dass das geht, zeigen die Ivy-League-Universitäten in den USA. So veröffentlicht Harvard regelmäßig Impact-Reports. Diese berücksichtigen selbstverständlich den klassischen Impact, der bei Harvard ausgezeichnet ist, denn Harvard-Wissenschaftler werden weltweit sehr häufig zitiert und zählen international oft zu den Top-Wissenschaftlern. Zugleich aber gibt es einen zweiten Impact-Ansatz, der fragt: Wie wirkt Harvard in die Gesellschaft hinein? Dazu zählt etwa die ökonomische Bedeutung von Unternehmen, die Harvard-Alumni gegründet haben. Damit wird deutlich gemacht, dass man direkt auch der gesellschaftlichen Entwicklung verpflichtet ist.

„Lasst uns auch den gesellschaftspolitischen Impact von Hochschulen messen“

So etwas ist bei uns im klassischen Hochschulverständnis leider eher noch Neuland, für die HAWn jedoch schon seit Langem ein zentrales Anliegen. Unser Anspruch lautet: „Lasst uns auch den gesellschaftspolitischen Impact messen. Lasst uns Exzellenz nicht nur am selbstreferenziellen Wissenschaftssystem messen.“ Die deutsche Grundlagenforschung ist exzellent. Daran gibt es nichts zu deuteln, aber es fehlt im System diese andere Seite, die fragt: Was kommt dabei heraus, was machen wir damit, was ist der Nutzen von Wissenschaft?

Jetzt möchte ich auf die Förderstrukturen zurückkommen. Ressourcen sind knapp und sollten gebündelt werden. Ist es eigentlich sinnvoll, neben der AiF und der geplanten Agentur für Sprunginnovationen mit der DTG auch noch eine dritte Instanz zu schaffen? Könnten die anderen Einrichtungen und ihre Förderinstrumente nicht einfach erweitert werden?

Es ist einfach so, dass die Ansätze der genannten Einrichtungen anders sind. Bei der AiF gibt es eine gewisse Abhängigkeit von der Wirtschaft. Die DTG aber soll uns davon ein Stück weit befreien, wie ich bereits ausgeführt habe. Bei der Agentur für Sprunginnovationen, die erst noch designt werden muss, wissen wir überhaupt noch nicht, was das eigentlich ist und wie sie agieren wird. Was bisher anklingt: Sie soll ausgewählte Großprobleme behandeln, um dann entsprechende Innovationen schnell herbeizuführen. Bei der DTG steht eben nicht die Fokussierung auf einige wenige Großthemen im Mittelpunkt, sondern wir setzen bei einer Vielzahl von Problemen und Projekten an. Insofern muss eine DTG einen breiteren Ansatz verfolgen. Ich erkenne daher keinen Hinderungsgrund, eine DTG, trotz AiF und Agentur für Sprunginnovationen, einzurichten.

Man könnte ja auch umgekehrt sagen: Die Agentur für Sprunginnovationen bedient sich aus dem Topf der DTG.

Das ließe sich integrieren, und es wäre ein interessantes Modell zu sagen, die DTG hält ein besonderes Programm für Sprunginnovationen bereit. Es fokussiert bestimmte Themen, von denen man glaubt, dass sie besonders relevant für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands sind.

Die HRK hat kürzlich mit einem weiteren Vorschlag aufgewartet: Sie plädiert dafür, angewandte Forschung und Transfer erst einmal über ein Programm zu fördern, um so Zeit zu gewinnen und zu prüfen, ob man eine DTG künftig überhaupt braucht. Was meinen Sie?

Der Ansatz ist interessant. Zudem ist es gut, dass HAWn und Universitäten zu diesem Ansatz in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe gelangt sind. Wichtig ist, dass endlich ausreichend neue Mittel für angewandte Forschung zur Verfügung gestellt werden. 500 Millionen Euro pro

Jahr zum Einstieg sind eine gute Größe. Die Fragen, die man sich in diesem Kontext stellen muss, lauten: In welchem Umfang profitieren die HAWn – es darf keine Verdrängung der Kleinen durch die Großen geben –, und wer ist der Träger des Programms? Vermutlich ist ein Ministerium nicht der geeignete Ort. Vielmehr sollte ein solches Programm aus der Wissenschaft und aus der Praxis selbst heraus umgesetzt werden, und zwar im Rahmen einer eigenen und unabhängig agierenden Einrichtung.

Wie es aussieht, haben Sie in Wissenschaftsministerin Anja Karliczek keine Verbündete. Befragt nach der DTG sagte sie kürzlich in einem ZEIT-Interview: „Ich bin nicht dafür, ständig neue Strukturen aufzubauen.“

Es geht ja nicht um „ständig neu“. Wir brauchen seit langem eine Struktur und einen Topf für eine der zentralsten Herausforderungen in Deutschland, nämlich die Stärkung der Innovationsfähigkeit sowie die strategisch gewollte, auf die Praxis ausgerichtete Beantwortung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Fragen durch eine starke anwendungsorientierte Forschung. Wir brauchen dazu eine Struktur aus einem Guss und für uns ist das ganz klar eine DTG. Insofern würde ich der Ministerin nicht zustimmen, sondern sagen: Lassen Sie uns in ein Gespräch gehen, um einmal gemeinsam darüber zu reden, was wir eigentlich genau damit meinen und was gebraucht wird.

Veronika Renkes arbeitet als Wissenschaftsjournalistin in Berlin.

Foto: Beitzer



Prof. Dr. Hartmut Ihne

leitet seit 2008 als Präsident die Hochschule Bonn-Rhein-Sieg. Zudem engagiert sich der Politikwissenschaftler und Philosoph als Vorstandsmitglied in der Hochschulallianz für den Mittelstand.

Jetzt anfangen. Später ausbauen

Die Schweiz zeigt, wie die Förderung angewandter Forschung und Transfer gelingt. Sie hat die Bedeutung einer systematischen Förderung für Innovationen erkannt und versucht, Strukturen dem bestehenden Bedarf anzupassen. In Deutschland hingegen hat sich die Struktur der Förderorganisationen im letzten halben Jahrhundert nicht wesentlich verändert. Doch jetzt kommt Bewegung ins System.

Die hohe Anzahl eingereicherter Bewerbungen bei der „Innovativen Hochschule“ zeigt, dass es in Sachen Transfer einen enormen Förderbedarf in der Fläche gibt. Wenn die Third Mission eine gleichberechtigte dritte Säule in den Hochschulen – und zwar von Fachhochschulen und Universitäten – werden soll, muss auch entsprechend investiert werden.

Die Ausgangslage ist günstig, wie auch Frank Ziegele vom CHE findet: „Noch nie war die Chance, dass sich konkrete Planungen ergeben, so gut wie jetzt“, sagt er. Und Volker Meyer-Guckel vom Stifterverband ist der Meinung, mit der neuen Agentur für Sprunginnovationen und der Diskussion über eine Förderinstitution für die Lehre gebe es nun „eine neue Dynamik, die endlich den unterschiedlichen Leistungsbereichen der Hochschulen jenseits der Forschung Rechnung trägt“.

Dass das Thema Transfer zunehmend politisch wird, eröffnet Möglichkeiten, sich Gedanken zur Finanzierung einer solchen Initiative zu machen. Eine Möglichkeit wäre, die Mittel der Industriellen Gemeinschaftsforschung (IgF), der Programme des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand (ZIM) und der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) innovativ zusammenzufassen, um auf die geforderte Höhe von einer Milliarde zu kommen.

Umwidmungen sind jedoch immer mit Schwierigkeiten verbunden, da dadurch die Angst besteht, dass das Geld an anderer Stelle fehlt oder Besitzstand gefährdet ist. Eine eigene, neue Förderung mit zusätzlichen Mitteln würde zu einer Belebung des Transfers führen. Anders sind Transferaktivitäten in die Gesellschaft auch kaum realisierbar, da sonst Gelder im Bereich

des Technologietransfers fehlen. Die Ausweitung des Transfers auf weitere Bereiche und die Förderung könnte zu wirtschaftlichen, aber auch zu sozialen Innovationen führen. Wichtig ist es dabei, einige Grundsätze zu beachten, die auch in der Schweiz für die Förderung angewandter Forschung und des Transfers gelten.

1. Das System für alle Hochschultypen offen halten

Die Forderungen nach einer DTG kommen derzeit fast ausschließlich vonseiten der Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Dabei liegen in einer Förderung von angewandter Forschung und Transfer auch Chancen für kleine und mittelgroße Universitäten – und natürlich für die technisch ausgerichteten. Es wäre wünschenswert, dass sie sich aktiver in die Debatte einbringen. Innerhalb der HAW-Mitgliedergruppe hätten sie das Thema intensiv diskutiert, sagt der Fuldaer Hochschulpräsident Karim Khakzar. Zugleich hätten sie aber auch immer betont, dass diese Forderung mit allen Hochschulen gemeinsam besprochen werden sollte. Aus diesem Grund wurde in einer Arbeitsgruppe der HRK ein neues Papier zur Förderung der angewandten Forschung und des Transfers erarbeitet, das Anfang 2019 im Senat verhandelt werden soll. Die ersten Reaktionen – auch der Universitäten – sind durchaus positiv ausgefallen.

2. Alle Disziplinen berücksichtigen

Dass Transfer neben dem technologischen Bereich auch andere Disziplinen betrifft, ist nicht nur in der Schweiz Konsens. Wird nur der ökonomisch motivierte

Technologietransfer berücksichtigt, „beseitigt eine Deutsche Transfergemeinschaft lediglich eine gewisse Innovationslücke im deutschen Wissenschaftssystem“, wie Uwe Schneidewind betont. Wirkliche Transformationsimpulse entstehen seiner Ansicht nach nur, wenn auch gesellschaftlicher Transfer eine Rolle spielt. Gäbe es eigene Säulen für gesellschaftlichen Transfer und soziale Innovationen, wäre die Transfergemeinschaft „für das gesamte Wissenschaftssystem eine Belebung, um dem Transfer von Hochschulen Sichtbarkeit, Qualitätskriterien und Reputation zu geben“, sagt Schneidewind.

3. Die Besonderheit der Kombination von Grundlagen- und Anwendungsforschung beachten

In der Schweiz wird davon ausgegangen, dass die Bereiche Wissenschaft und Innovation stark miteinander interagieren. Von dieser Innovationsvision getrieben, wurde das Programm „Bridge“ mit Start 2017 ins Leben gerufen. Durch Bridge wird Forschung und Innovation unter der gesamten Wertschöpfungskette von der Grundlagenforschung über die Anwendung bis hin zur marktorientierten Innovation betrachtet. Dadurch soll sichergestellt werden, dass gute Vorhaben nicht zwischen den Förderungsangeboten des SNF (Grundlagenforschung) und der Innosuisse (angewandte Forschung) verloren gehen. Diese Kombination hält auch Volker Meyer-Guckel für vielversprechend: „Die Debatte um die gesellschaftliche Relevanz von Hochschulen und Wissenschaft zeigt, wie wichtig es ist, eine Balance zwischen Grundlagenforschung sowie praxis- und anwendungsorientierter Forschung zu finden und im Idealfall beide miteinander zu verbinden.“

Gerade in der Verbindung von beiden liegt ein großes Potenzial.“

4. Nicht nur Projekte, sondern auch den Nachwuchs fördern

Die Förderung von Innovations- und Transferprojekten ermöglicht es, in kurzer Zeit den Austausch zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft anzuregen. Den wissenschaftlichen Nachwuchs und die kommenden Generationen von Unternehmern dazu anzuregen, Kooperationen einzugehen, kann langfristig dazu führen, dass es selbstverständlich wird, dass Hochschulen, Unternehmen und gesellschaftliche Akteure an einem Strang ziehen. Dadurch werden Hemmungen abgebaut. Alle Seiten lernen, aufeinander zuzugehen – und die Sprache der anderen zu verstehen. Viele Hochschulen bieten bereits Gründerwerkstätten oder Kurse rund um Entrepreneurship an. Eine finanzielle Förderung würde diese Bemühungen nicht noch attraktiver für die Hochschulen machen. Durch die Einbindung akkreditierter Coaches wie in der Schweiz könnte auch ein Qualitätsstandard definiert werden, der sich später auszahlt.


5. Die Organisationsstruktur an Bedarf und Nutzen anpassen

Geht man bestehende Strukturen durch, erscheint keine zu hundert Prozent passend:

- Die Integration in die neu geschaffene **Agentur für Sprunginnovationen** wäre eine Variante. Sie ist jedoch ganz anders ausgerichtet. Bei der Agentur für Sprunginnovationen geht es weder um eine große Anzahl an Innovationen noch um eine breite Förderung. Stattdessen stehen einzelne

Innovationsförderung auf der europäischen Ebene

Die EU hat die Bedeutung einer Innovationsförderung erkannt. Im European Innovation Council (EIC) werden die wichtigsten EU-Instrumente zur Innovationsförderung zusammengeführt. Der EIC ist damit eine Art DTG auf europäischer Ebene und stellt das Gegenstück zum European Research Council (ERC; sozusagen die europäische DFG) dar. Seit diesem Jahr werden die Elemente des EIC in einer Pilotphase getestet. Im Wesentlichen werden bereits bestehende Instrumente fortgeführt, allerdings ist das Ziel, eine Dachmarke EIC zu schaffen, was sich nach der Pilotphase in eigenständiger Förderung zeigen soll. Die Themenpalette des EIC ist bewusst offen gehalten. Innovative Technologieforschung gehört genauso dazu wie marktnahe Projektförderung oder Risikofinanzierungsinstrumente. Themen können von den Antragstellenden selbst vorgeschlagen werden und durchaus einen interdisziplinären Charakter haben. Die Ideen zielen auf marktschaffende Innovationen ab, die bahnbrechenden Produkten, Dienstleistungen, Prozessen und Geschäftsmodellen den Weg bereiten. Die Fördersummen können sich bereits in der Pilotphase sehen lassen: 2019 werden rund 840 Millionen zur Verfügung stehen und 2020 sogar über 1,5 Milliarden Euro. Ab 2021 soll der EIC Innovationen regulär unterstützen, um zu mehr Wachstum und Beschäftigung beizutragen. Zusätzlich zur finanziellen Förderung erhalten kleine und mittlere Unternehmen noch Coachings und Mentoringangebote.

 <https://www.kowi.de/kowi/ausschreibungen-2018/european-innovation-council.aspx>

 <https://ec.europa.eu/research/eic/index.cfm>

Durch die Förderung über ein Programm würde Zeit gewonnen

spezifische – disruptive – Innovationen im Fokus. „Die Agentur kann eine DTG nicht ersetzen“, sagt auch Karim Khakzar.

- Die Übernahme der Aufgaben einer Deutschen Transfergemeinschaft durch die DFG wird ebenfalls skeptisch gesehen. Prof. Dr. Dieter Imboden, der von 2014 bis 2016 im Auftrag der deutschen Wissenschaftskonferenz die „Internationale Expertenkommission zur Evaluation der Exzellenzinitiative“ leitete, äußerte sich bereits im Januar 2018 dieser Variante gegenüber kritisch: „Ob ein solches unabhängiges Pflänzchen innerhalb der großen und auf die klassische Forschungsförderung ausgerichteten DFG eine Chance hätte, ist zumindest zweifelhaft.“

- Würde die Deutsche Transfergemeinschaft in die bestehenden ZIM-Programme des BMWI integriert, wäre dies Thomas Sattelberger zufolge keine partnerschaftliche Transferförderung auf Augenhöhe, sondern eher eine, die nur ökonomisch getrieben wäre.

- Bleibt die AiF als ein möglicher Ausgangspunkt für eine Deutsche Transfergemeinschaft. Auch hier ist Skepsis anzuraten. Im wirtschaftlichen Bereich ist die AiF gut vernetzt. Thomas Kathöfer weiß aber, dass es Bereiche in der Zivilgesellschaft – in den Gesellschaftswissenschaften und Kulturbereichen – gibt, in denen die AiF keine Kontakte hat. Die Ausweitung auf diese Bereiche würde seiner Ansicht nach auch die Mission der Arbeitsgemeinschaft schwächen: „Die Mission der AiF ist es, die KMU zu stärken. Davon möchten wir uns nicht zu weit entfernen.“

Es herrscht nach wie vor große Unsicherheit, wie eine Deutsche Transfergemeinschaft aufgebaut werden sollte, wer sie trägt und wer für die Transferförderung verantwortlich sein soll. Da trifft es sich gut, dass innerhalb der HRK zunächst eine alternative Variante favorisiert wird. Von dort heißt es: „Es ist eine Erkenntnis der gesamten HRK: Die Förderung der angewandten Forschung und des Transfers kann auch über ein Programm erfolgen.“ Wichtig seien laut Karim Khakzar vier Grundprinzipien: dass man eine kontinuierliche Antragsstellung zulasse, dass die Professoren aus eigener Initiative solche Projekte – mit und auch ohne Unternehmen als Partner – starten könnten, dass das Verfahren wissenschaftsgeleitet sei und dass über ein Gutachterverfahren eine Auswahl der besten Anträge vorgenommen werde.

Die Vorstellung, angewandte Forschung und Transfer erst einmal über ein Programm zu fördern, würde vor allem einen Vorteil mit sich bringen: Es wird Zeit gewonnen. Die kann erstens genutzt werden, um weitere politische Rückendeckung für eine DTG zu sichern. Zweitens, um Finanzierungsmöglichkeiten auszuloten und mögliche bestehende Befürchtungen, das Geld würde andernorts fehlen, abzubauen. Drittens, um die Entwicklung in der Schweiz weiter zu beobachten.

Denn auch wenn Kathrin Hausammann von der Innosuisse sich sicher ist, dass die neue Organisationsform besser sei, weil sie dadurch flexibler bei der Gestaltung der Förderung seien und einfachere, von der Bundesverwaltung abgetrennte Prozesse hätten, sind noch Wünsche offen. Alle Förderaufgaben der Innosuisse sind im Gesetz festgehalten: „Wir haben noch gar keinen so großen Spielraum, um neue Instrumente umsetzen zu können“, bedauert Hausammann. Mehr gesetzlich verbriefte Flexibilität zu bekommen, ist deshalb ein wichtiges Anliegen der Innosuisse. Gesetzesänderungen sind aber auch in der Schweiz ungewisse und aufwendige politische Prozesse.

Da passt es gut, dass Karim Khakzar erst in fünf bis zehn Jahren noch einmal mit den bis dahin gemachten Erfahrungen schauen möchte, „ob es Sinn macht, eine eigene DTG nach dem Vorbild der DFG zu gründen, oder ob eine Programmförderung schon den gewünschten Effekt zeigt“. Kommt es in den nächsten Jahren dann tatsächlich zu einer signifikanten Förderung angewandter Forschung und von Transfer in Deutschland, dann kann auch die Entwicklung der Innosuisse berücksichtigt werden – und beschleunigt möglicherweise das weitere Verfahren.

Die Gründung einer eigenständigen Deutschen Transfergemeinschaft nach dem Vorbild der Deutschen Forschungsgemeinschaft scheint in den kommenden Jahren unwahrscheinlich. Die Idee, Transfer und angewandte Forschung durch ein Programm zu fördern, hingegen realistisch. Frank Ziegele macht die Dringlichkeit des Themas noch einmal deutlich: „Wichtig ist, nicht mit der Innovativen Hochschule das Thema als ausgereizt anzusehen. Jetzt ein gut strukturiertes Programm auf Dauer auflegen, aus den Erfahrungen lernen und in ein paar Jahren das Fördersystem ausbauen. Das ist ein geeigneter Weg zur Zukunftsfähigkeit des Themas.“

Schwedens Vinnova setzt auf gesamtgesellschaftliche Innovationsfähigkeit

Seit 2001 werden in Schweden Innovationen gezielt gefördert. Die zuständige Behörde, Vinnova, ist am Ministerium für Unternehmertum und Innovation angedockt. Vinnova verfügt über 300 Millionen Euro jährlich, im Fokus steht nachhaltiges Wachstum durch technologische und soziale Innovationen. Darüber hinaus unterstützt die Behörde seit 2012 den Staat darin, innovative Wege in der Verwaltung zu gehen. Gefördert wird eine große Bandbreite: Forschungsprojekte und -cluster, Wettbewerbe, Stipendienprogramme, Weiterbildungen. Die Themen kann die Behörde frei festlegen, allerdings kann die Regierung auch Themen vorgeben. Wichtig für die Förderung der ausschließlich online eingereichten Projekte: Es werden sektorübergreifende Partnerschaften unterstützt und bei der Zusammensetzung der Projektteams müssen klare Vorgaben eingehalten werden. Dazu zählt, dass der Männer- und Frauenanteil gleich groß sein muss – auch in den Leitungsebenen.

 www.vinnova.se/en/

Forschungsförderung in Österreich

Bereits 2004 wurde in Österreich die Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) gegründet. Sie fasst vier Vorgängerinstitutionen zusammen: den Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft (FFF), die Technologie Impulse Gesellschaft (TIG), die Austrian Space Agency (ASA) und das Büro für internationale Forschungs- und Technologiekoooperation (BIT). Anders als der Name vermuten lässt, nimmt die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft die unternehmensnahe Forschung und Entwicklung in den Blick. So heißt es im entsprechenden Gesetz: „Die Aufgabe der FFG ist die Förderung von Forschung, Technologie, Entwicklung und Innovation zum Nutzen Österreichs“ (§ 3 FFG-Gesetz). Konkret geht es um das Management und die Finanzierung von Forschungsprojekten der Wirtschaft und der Wissenschaft, von Impulsprogrammen für Wirtschaft und Forschungseinrichtungen sowie von Netzwerken zur Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Die Förderung von zivilgesellschaftlichen und staatlichen Innovationen ist nicht vorgesehen. Träger der FFG sind das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) und das Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDW).

 www.ffg.at

 www.bmvit.gv.at/innovation/foerderungen/foerdergesellschaften/ffg.html

Unsere Partner und Experten



duz PRAXIS spotlight international entsteht in Kooperation mit dem CHE – Centrum für Hochschulentwicklung in Gütersloh.
www.che.de

Redaktion: Angelika Fritsche (duz), Dr. Franz Himpsl (duz), Lisa Mordhorst (CHE), Dr. Isabel Roessler (CHE)

Illustrationen: Ajo Galván / www.ajogalvan.com

Sie haben Anmerkungen und Anregungen?

Schreiben Sie uns: duz-redaktion@duz-medienhaus.de